



DANIEL MARWECKI

ABSOLUTION?

Israel und die
deutsche Staatsräson

WALLSTEIN

Daniel Marwecki

Absolution?

Israel und die deutsche Staatsräson

Daniel Marwecki

Absolution?

Israel und die deutsche
Staatsräson

WALLSTEIN VERLAG

Eine englische Ausgabe erschien 2020 unter dem Titel »Germany and Israel: Whitewashing and Statebuilding«. Für die deutsche Neufassung wurde der Text gekürzt und mit einem neuen Schlusskapitel versehen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© der deutschen Ausgabe Wallstein Verlag, Göttingen 2024

www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond und der Myriad Pro

Umschlaggestaltung: Marion Wiebel, Wallstein Verlag

© Umschlagfoto: Bundeskanzler Konrad Adenauer (r.) im Gespräch mit David Ben Gurion, Ministerpräsident Israels, im Waldorf-Astoria Hotel New York, 14. März 1960. Fotograf: Benno Wundshammer. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung B 145 Bild-00009354

ISBN (Print) 978-3-8353-5591-0

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-8646-4

ISBN (E-Book, epub) 978-3-8353-8647-1

Inhalt

Vorwort	7
--------------------------	---

Vaterland

Einleitung	11
----------------------	----

Teil I

Das Luxemburger Abkommen	19
---	----

1. Absolution: Die Kosten der »Wiedergutmachung« . . 19
2. Staatsaufbau: Ein Industrieprogramm für Israel . . . 35
3. Das Abkommen im arabisch-israelischen Konflikt . . 43

Teil II

Ein deutscher Sonderweg im Nahen Osten?	53
--	----

4. Krieg am Kanal: Deutsche Waffen für Israel 55
5. Die Wiedergutwerdung der Deutschen 70
6. Wachablösung: Die Rolle der USA 85
7. Blick in den Spiegel: Deutsche Reaktionen
auf den Krieg von 1967 92

Teil III

Normalisierung und Nahostkonflikt 101

8. »Die Normalisierung beginnt jetzt«:

Die deutsche Israelpolitik nach 1967 105

9. »Politik der Ausgewogenheit«:

Die Bundesrepublik und die PLO 116

Teil IV

Staatsräson 143

10. Identität und Israelpolitik 144

11. Viel Geld, kein Staat:

Deutschland in den palästinensischen Gebieten . . . 163

Fazit 175

Postskript 198

Quellen und Literatur 203

Dank 212

Vorwort

Dieses Buch erschien vor vier Jahren zuerst auf Englisch, und zwar im März 2020, pünktlich zu Beginn der Coronapandemie. Der damalige Titel lautete: *Germany and Israel. Whitewashing and State-building*. Diese Überschrift bringt die zentrale These auf den Punkt, nämlich, dass die deutsch-israelischen Beziehungen sich im Kern als Tauschgeschäft begreifen lassen, bei dem Deutschland Absolution erhielt, und Israel dafür all das, was es brauchte, um seinen Staat aufzubauen: Wirtschaftsgüter, Waffen, Finanzhilfe.

Diese an den historischen Quellen ablesbare Entmystifizierung der deutschen Israelpolitik wurde vom Fachpublikum überwiegend positiv, zumeist als längst überfällig aufgenommen. Nur wenige Stimmen, wie etwa die des Historikers Jeffrey Herf, vermuteten hinter dem Buch den Versuch, die »besonderen Beziehungen« zwischen Deutschland und Israel zu torpedieren, gar, die deutsche Verantwortung für den jüdischen Staat kleinzuschreiben.

In Wahrheit ist das Gegenteil der Fall. Indem man der politischen Rede vom »Wunder der Versöhnung« den historischen Spiegel vorhält, entlastet man Israel von dem anrühigen Verdacht, allzu leichtfertig dem Nachfolgestaat des nationalsozialistischen Gewaltregimes die vergebende Hand gereicht zu haben. Es gab für Israel nur einen Grund, sich einem Staat und einer Gesellschaft hinzuwenden, die aufgrund der massenhaften Beteiligung an den Verbrechen nichts anderes sein konnte als zutiefst schuldig. Dieser Grund war nicht ideologischer, sondern materieller Natur.

Die israelische Staatsgründung im sich dekolonisierenden Nahen Osten war ein Experiment mit mehr als ungewissem Ausgang. 1948 war nicht gesagt, ob dieser Staat nicht schon morgen wieder von der Landkarte verschwinden würde, verschluckt von den zahlenmäßig weit überlegenen arabischen Nachbarn. Es ist eine hierzu lande überraschend unbekannte Einsicht, aber: Ohne die deutsche Hilfe wäre die noch kurze Geschichte des modernen Israels wohl möglich eine andere geworden.

Die Bundesrepublik verkörpert eine Gesellschaft, die sich mit dem Begriff des »nationalen Interesses« schwertut. Sie redet – im Gefolge des russischen Angriffs auf die Ukraine ist das gut zu beobachten – lieber von Moral und von Werten. Hauptsache, es fühlt sich gut an. Die deutsch-israelischen Beziehungen, die für das deutsche Wohlgefühl so wichtig sind, sind hingegen ein Lehrstück darüber, dass in der internationalen Politik Gefühle wenig zählen. Wäre es nach der israelischen Gefühlslage gegangen, so hätte man Westdeutschland gemieden wie den Teufel.

Dazu eine kleine Anekdote:

Vor mittlerweile über 15 Jahren bin ich nach meinem Bachelorstudium per Anhalter durch Israel, das Westjordanland und den ägyptischen Sinai gereist. Damals hatte ich noch nicht erwägen können, irgendwann eine Promotion an einer renommierten Londoner Universität über die deutsche Israelpolitik zu schreiben. Ein Grundstein für diese Promotion – und damit auch zu diesem Buch – wurde aber schon damals gelegt. Der israelische Fahrer, der mich zum Toten Meer mitnahm, redete über die deutsch-israelischen Beziehungen. »We didn't want your money or your weapons«, sagte er, »but we were shitting bricks«. Dieser Satz, den man nicht übersetzen muss, blieb mir im Kopf hängen, weil er die Problematik auf den Punkt brachte. Selbstverständlich wollte dieser Staat, der zu einem guten Teil von Überlebenden der deutschen Barbarei gegründet worden war, mit den Deutschen nichts zu tun haben. Aber was tut man, wenn nur die Bundesrepublik bereit dazu war, die israelische Wirtschaft aufzubauen und die israelische Armee mit Waffen zu versorgen? Man wählt das staatliche Überleben. Das Interesse war wichtiger als die Moral.

Auch in Deutschland kam die Moral später. Das, was wir nach 1968 als »Aufarbeitung der Vergangenheit« oder ähnliches bezeichnen, spielte in der Nachkriegszeit, als Israel die Bundesrepublik so dringend brauchte, bekanntlich keine große Rolle. Und eben weil es keine große Rolle spielte, brauchte Deutschland Israel. *White-washing and Statebuilding*.

Der Soziologe Norbert Elias beschrieb seinen Beruf einmal als »Mythenjäger«. Das versucht dieses Buch: auf historischer Basis den mythischen Schleier zu lüften, der deutscherseits auf die Beziehungen mit Israel gelegt wird.

Ein Krieg um die Existenz

Dieses Stück Aufklärungsarbeit findet zu einem Zeitpunkt statt, da der Konflikt zweier Nationen um ein Land in eine existenzielle Phase getreten ist. Am 7. Oktober 2023 beging die Hamas, die den Gazastreifen von innen kontrolliert, ein Massaker an der Bevölkerung in Südisrael. In einer von langer Hand geplanten Aktion überwandene Kämpfer die Grenzanlagen und griffen per Luft, Wasser und Land an. Die Opfer waren großteils Zivilisten, und die Taten von einer barbarischen Grausamkeit, die auch in Deutschland nicht bei allen, jedoch bei vielen Erschütterung hervorrief. Etwa 1.200 Opfer stehen auf der Todesliste der Hamas, mehrere hundert Geiseln wurden in den Gazastreifen verschleppt. Die Tat der Hamas war genozidal. Jeder Israeli ist für sie ein legitimes Ziel – ob Kleinkind oder Holocaustüberlebende. Wer wollte, wusste es schon vorher, aber alle wissen es jetzt: verfügte die Hamas über die Waffengewalt Israels, würde sie diese zur Vernichtung Israels einsetzen.

Israels Antwort auf den 7. Oktober fiel dementsprechend hart aus. Auch für die Kräfte links der in Israel nach rechts gerückten Mitte gilt, dass es mit der Hamas keinen Frieden geben kann. Eine Idee kann man schwer töten, doch die operativen Strukturen der Hamas, ihre Anführer, ihre Kämpfer, schon. Der Preis dessen ist eine Zahl an zivilen Opfern, die alle bisherigen Kriege in Gaza in den Schatten stellt. Zum Zeitpunkt dieser Niederschrift Ende November 2023 sind in Gaza bereits etwa 15.000 Menschen umgekommen. Fast die Hälfte von ihnen sind Kinder, was daran liegt, dass die Bevölkerung Gazas zur Hälfte weniger als 18 Jahre alt ist. Die arabische Öffentlichkeit und mit ihr ein Großteil der globalen Öffentlichkeit ruft angesichts der Katastrophe in Gaza nach einem Waffenstillstand. Israel, unterstützt vom Westen, lehnt das ab.

Was bedeutet »Staatsräson« vor dem Hintergrund des Krieges zwischen der Hamas und Israel? Wie in Deutschland über diesen Krieg und den zugrundeliegenden Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern reden? Inwieweit lassen sich deutsche Vergangenheitspolitik und das, was im Nahen Osten geschieht, entwirren – und inwieweit nicht? Zur Diskussion dieser Fragen und mehr möchte dieses Buch eine Grundlage bereitstellen. Der Krieg zwischen der Hamas und Israel begann, nachdem diese Überset-

zung fertiggestellt war. Im Anschluss an das Fazit, dessen Stand der August 2023 ist, finden Sie ein knappes Postskript, in dem dieser Krieg durch die Brille dieses Buches reflektiert wird. Wer heute an aktuellen Geschehnissen entlangschreibt, riskiert, von einer dem Abgrund zurasenden Gegenwart überholt zu werden. Dennoch wage ich zu behaupten, dass sich mit dem in diesem Buch vorgeschlagenen Interpretationsschema einiges über das deutsche Verhältnis zu Israel und Palästina lernen lässt, das bisher unter den Tisch gefallen ist.

Der folgende Text ist von mir selbst vom Englischen ins Deutsche übersetzt, wobei ich mir die Freiheit genommen habe, Fachdebatten nicht ins Deutsche hinüberzunehmen, auf Fußnoten zu verzichten und den Text hier und dort zu straffen. Wer es wissenschaftlicher mag, den verweise ich gerne auf meine an der SOAS in London eingereichte Dissertation, oder aber auf das englische Buch.

Dieser Debattenbeitrag ist für alle geschrieben, die sich für Israel und Palästina, für Antisemitismus und Vergangenheitspolitik interessieren. Gar nicht so wenige also. Ein Freund sagte mir einst: Wenn Deutsche über Israel reden, dann reden sie eigentlich über sich selbst. Vielleicht wissen wir ja deswegen in Deutschland so wenig über die deutsche Israelpolitik?

Hongkong, November 2023
Daniel Marwecki

Vaterland

Einleitung

Zwischen Oberbaumbrücke und Ostbahnhof befindet sich die East Side Gallery, bemalte Überreste der Berliner Mauer. Eine der Wandmalereien zeigt den blauen Davidstern der israelischen Nationalflagge auf dem deutschen Schwarz, Rot und Gold. Das Bild heißt *Vaterland*.

Israel ist ein kleines Land. Aber für das deutsche Selbstbild spielt es eine große Rolle.

Wenn wir Kunst an der Fähigkeit bemessen wollen, gesellschaftliche Selbstverständnisse auf den Punkt zu bringen, dann ist dem Maler hier etwas gelungen. Die Verschmelzung von Davidstern und deutschen Nationalfarben will den Abstand symbolisieren, den Deutschland zwischen sich und seine Vergangenheit gelegt hat.

Die Identifikation mit dem jüdischen Staat ist für die deutsche Vergangenheitspolitik zentral. Die Qualität und Enge der tatsächlichen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland gilt für die deutsche Politik als ein Gradmesser für das, was die »Bewältigung« einer sprachlos machenden Vergangenheit genannt wird.

Um den jüdischen Staat allerdings werden in Deutschland viele Worte gemacht. Kein anderes internationales Verhältnis ragt derart tief in die deutsche Identitätssuche hinein. Während die deutsche Politik ihr Verhältnis zu Israel in seltener Einmütigkeit pflegt, wird der israelisch-palästinensische Konflikt in der deutschen Öffentlichkeit ohne Bandagen ausgetragen. Dabei geht es in den Zeitungen, auf Twitter oder in den Fachschaftsräten kaum um den Konflikt an sich. Vielmehr ist der seit dem frühen 20. Jahrhundert andauernde Konflikt zweier Nationen um ein entferntes Territorium eine willkommene Schablone für deutsche Identitätskämpfe.

Deutsche Politiker pflegen das Verhältnis zu Israel in der Form eines gemeinsamen Rituals. Diese helfen einer Gesellschaft, sich ihrer Grundsätze und Basiskoordinaten zu versichern. Sie beantworten die Frage nach dem Wer und dem Wohin. Rituale versuchen, innerhalb von Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit ge-

meinschaftliche Fundamente aufzustellen: sie definieren ein »Wir«, dass auf eine geteilte Vergangenheit und in eine gemeinsame Zukunft blickt.

Für die Israel-Rituale der deutschen Politik gibt es laufende Beispiele. Eines aus der noch tagesaktuellen Vergangenheit mag veranschaulichen, wie eng die politische Identität Deutschlands an das Verhältnis zu Israel geknüpft ist. Im April 2018 feierte der Bundestag den 70. Geburtstag des 1948 gegründeten jüdischen Staates. Eigentlich aber war es eine Feier des heutigen Deutschlands, die das Bild auf der Berliner Mauer in Worte fasste: kein Vaterland ohne Israel.

»Indem wir Israel schützen, schützen wir uns selbst vor den Dämonen der Vergangenheit unseres eigenen Volkes«, sagte damals Martin Schulz für die SPD. Abgeordnete der CDU/CSU und der FDP äußerten sich ähnlich. Viele beriefen sich auf Angela Merkels berühmte Rede vor dem israelischen Parlament, der Knesset, aus dem Jahre 2008. Dort erklärte die damalige Kanzlerin, dass die Sicherheit Israels »deutsche Staatsräson« sei. Staatsräson ist ein Wort, dass über das wechselhafte außenpolitische Interesse weit hinausreicht. Es berührt den Wesenskern der deutschen staatlichen Identität.

Der wohl pointierteste Beitrag in der Bundestagsdebatte kam von der Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt. »Die Existenz Israels ist unmittelbar verbunden mit der Existenz unseres Landes als freie Demokratie und deswegen unsere Verantwortung«, sagte sie, um die parlamentarische Aussprache dann in einem Satz zu verdichten: »Das Existenzrecht Israels ist unser eigenes.«

Sind die »Dämonen der Vergangenheit«, von denen Martin Schulz sprach, aber wirklich gebannt? Schützen »wir« uns vor diesen Dämonen, allein indem wir Israel schützen? Martin Schulz würde wohl zustimmen, wenn man ihm erwiderte, dass diese Dämonen doch längst in den politischen Körper der Republik zurückgefahren sind. Sie saßen neben ihm, fleischgeworden zum Beispiel in der Gestalt Alexander Gaulands, der den Israelkonsens aber keineswegs aufzuheben gedachte. Israel sei entstanden, so Gauland, »aus einem einmaligen Zivilisationsbruch, der für immer mit dem deutschen Namen verbunden bleiben wird: der Schoah. Gerade weil wir auf diese furchtbare Weise mit dem Existenzrecht Israels

verbunden sind, war und ist es richtig, die Existenz Israels zu einem Teil unserer Staatsräson zu erklären.«

Natürlich ist die schuldabwehrende Passivkonstruktion »verbunden mit dem deutschen Namen«, die suggeriert, irgendjemand hätte den Deutschen die Verbrechen angeheftet, kein Zufall. Sie gehört zur parteilichen Grundorientierung, die Nazijahre als Betriebsunfall deutscher Geschichte umzudeuten. Es blieb auch in Israel nicht unbemerkt, dass Gauland zwei Wochen nach seiner Rede den Nationalsozialismus als »Vogelschiss« im Gesamtverlauf der deutschen Geschichte bezeichnete.

Man sollte die aufdringliche Unterstützung, die die AfD dem jüdischen Staat entgegenbringt, nicht mit einer ernsthaften Befassung mit den deutschen Verbrechen verwechseln. Ganz im Gegenteil geht es hier vielmehr um eine Schaufensterpolitik, die die geistige Nähe von großen Teilen der AfD zu eben diesen Verbrechen verwischen soll. Allerdings steht die AfD mit dieser Schaufensterpolitik nicht nur *neben*, sondern auch *in* der Tradition deutscher Israelpolitik, die sich von Anfang an in mindestens zwei Lager spaltete. So gab es auf der einen Seite immer schon diejenigen, für die die prinzipielle Unterstützung des jüdischen Staates eine moralische Aufgabe war. Eine Aufgabe, die immer auch den Zweck hatte, die deutschen Dämonen zu bannen. Und dann gab es die anderen, für die proisraelische Lippenbekenntnisse und Waffenlieferungen vor allem ein kostengünstiges Mittel waren, um Aufarbeitung und Denazifizierung zu entgehen – billige Persilscheinpolitik.

Um diese beiden Traditionslinien geht es auch in diesem Buch. Und noch um wesentlich mehr. Denn egal, wie man zu Israel und dem Palästina Konflikt stehen mag: es geht in der deutschen Israeldiskussion eigentlich nur um Deutschland. Was bei dieser Nabelschau außen vor bleibt, ist die tatsächliche Rolle, die Deutschland im arabisch-israelischen Konflikt seit der frühen Nachkriegszeit spielt.

Wovon in Deutschland (nicht) geredet wird, wenn über Israel geredet wird

Die gerade angesprochene Bundestagsdebatte zeigt: Wenn Deutsche über Israel reden, reden sie meistens über sich selbst. Geht es um Israel, dann geht es um deutsche Identität.

Worum es dabei paradoxerweise nicht geht, sind die deutsch-israelischen Beziehungen selbst. Das mag seltsam klingen, ist aber tatsächlich so. In der gerade zitierten Bundestagsdebatte sprach nur ein Abgeordneter der CDU-Fraktion kurz und anerkennend über die militärischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel und ermunterte seine Kolleginnen und Kollegen, es ihm dabei doch gleichzutun.

Das taten sie allerdings nicht. Stattdessen redeten sie davon, wovon deutsche Politiker eben reden, wenn sie über Israel reden. Nämlich von Wundern, Moral und Versöhnung. Wortwörtlich sagte die Sozialdemokratin Andrea Nahles, dass die »einzigartige Freundschaft« zwischen Deutschland und Israel ein »Wunder« sei, und sie brachte ihre »Dankbarkeit« für die »Versöhnung« zwischen beiden Ländern zum Ausdruck.

Wie kam es zu diesem angeblichen Wunder? Was liegt hinter der »Versöhnung«, ein Wort, dass nur deutsche Politiker im Munde führen können? Um solche Fragen geht es fast nie. Wunder aber geschehen vielleicht in der Bibel, nicht in der Politik. Das Nachkriegsdeutschland, das mit Israel das Entschädigungsabkommen von 1952 einging, war moralisch eine Trümmerlandschaft. Die Nation und Gesellschaft, die zuvor in ihrer großen Mehrheit Hitler gefolgt war, wollte ihre Verbrechen vergessen, nicht konfrontieren. Den jüdischen Überlebenden, die der deutschen Barbarei entkommen waren, ob nach Israel oder anderswohin, stand der Wille nach vielem, sicher aber nicht nach Versöhnung mit dem Land, in dem die meisten der Täter von gestern ein unbehelligtes Leben führten. Land der Verbrecher, Land der Verfolgten. Warum also gibt es die deutsch-israelischen Beziehungen überhaupt? Worauf gründen sie sich? Was zogen und was ziehen beide Seiten aus dem Verhältnis?

Laut einem Bericht des *US Congressional Service*, dem Recherchedienst des amerikanischen Kongresses, war »Deutschlands Einsatz für Israels Souveränität und Sicherheit seit jeher der stärkste Fak-

tor in der deutschen Nahostpolitik und ein Schlüsselement der deutsch-amerikanischen Kooperation in der Region.« Zwar sei es schwer, das genaue Ausmaß zum Beispiel der militärischen Beziehungen zu erfassen, so der Bericht. Aber die vorhandenen Analysen wiesen darauf hin, dass »deutsche Waffen eine beträchtliche Rolle in den israelischen Kriegserfolgen von 1967, 1973 und 1982« gespielt hätten. Im Fazit unterstreicht der Bericht für die amerikanischen Kongressabgeordneten, wie beständig Deutschland Israel unterstützt hat, aber auch wie geheim diese Unterstützung lange Zeit war. Die deutsche Politik habe »sich stets zugunsten der militärischen, finanziellen oder politischen Unterstützung Israels entscheiden«. Und: »Deutschland war vor allem deswegen darin erfolgreich, relativ gute Beziehungen mit beiden Seiten des arabisch-israelischen Konflikts zu unterhalten, weil es eine sichtbare Führungsrolle in der Region vermeiden konnte.« (Belkin 2007)

Die deutsche Rolle im Nahen Osten ist viel größer als gemeinhin angenommen. In der öffentlichen, aber auch in großen Teilen der Fach-Meinung gelten die USA als der historische Garant für Israels Sicherheit. Tatsächlich aber wurden die USA erst nach dem arabisch-israelischen Krieg von 1967, der die politische Landkarte der Region neu zeichnete, zur wichtigsten Stütze des jüdischen Staates. Davor spielte diese Rolle niemand anderes als die Bundesrepublik.

Die Frühphase der deutsch-israelischen Beziehungen ist auch für das heutige Verhältnis noch grundlegend. Ohne den genauen Blick auf die dramatische Anfangsgeschichte der deutsch-israelischen Beziehungen lässt sich auch ihre Gegenwart nicht verstehen. Die deutsche Rolle in Nahost ist ein fehlendes Puzzleteil im Verständnis des arabisch-israelischen und des israelisch-palästinensischen Konflikts. Diese Rolle, von der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart, ist aber genauso ein Puzzleteil für das Verständnis des heutigen Deutschlands und seiner umkämpften Vergangenheitspolitik.

Etwa mit Ausbruch der Coronakrise Anfang 2020 gibt es einen neuen Historikerstreit in Deutschland, der sich, anders als in den 1980er Jahren, nicht um das Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus dreht, sondern um das Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Kolonialismus. Dabei geht es auch darum, wie Erinnerungskultur in einer Migrationsgesellschaft aussehen soll, um das Verhältnis zwischen Antisemitismus und Kritik an

israelischer Politik oder um die Frage, ob sich die deutsche Erinnerungskultur zu einem »Katechismus« verfestigt habe, welcher der Aufrechterhaltung einer dominanten, deutsch-weißen Identität dient (Moses 2021). Auch um diese Fragen geht es, wenngleich zu-meist nicht explizit, in diesem Buch. Das Scheinwerferlicht einmal auf die deutsche Israelpolitik zu richten, erhellt auch die erinnerungspolitischen Kontroversen unserer Tage.

Dieses Buch erzählt eine Geschichte, die Israel und die Nahost-region, Deutschland und seine Gesellschaft gleichermaßen berührt. Es zeigt, wie wichtig die bundesrepublikanische Rolle im Nahen Osten eigentlich war. Die nächsten Kapitel schlagen einen großen Bogen von der Nachkriegszeit bis heute. Weil es um die Politik gegenüber dem jüdischen Staat geht, nimmt diese Erzählung automatisch einen biographischen Blick auf die Bundesrepublik ein. Dieser Blick ist nicht unbedingt schmeichelhaft. Das Material für diese Geschichte stammt zum einen aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, wobei ein Fokus auf Akten gelegt worden ist, die besonderer Geheimhaltungspflicht unterlagen und teils extra für diese Recherche freigegeben worden sind. Wer im Amtsarchiv zur Israelpolitik forscht, muss sich über die »nahezu ungebrochene personelle Kontinuität« bewusst sein, die das Nahostreferat zur Nazizeit aufwies (Conze et al. 2011: 574). Diesem Grundproblem entkommt man bei Forschungen zur deutschen Nachkriegszeit nicht.

Weiteres Forschungsmaterial stammt aus Bundestagsprotokollen, Reden und anderen veröffentlichten Quellen und Hintergrundinterviews mit Expertinnen und Experten. Natürlich verlässt sich der folgende Text auch auf historische Arbeiten zu gewissen Abschnitten oder Aspekten der Beziehungsgeschichte, sowie auf die umfangreiche Literatur zu dem arabisch-israelischen und dem israelisch-palästinensischen Konflikt.

Wer eine historische Analyse schreibt, also gleichermaßen historisch und politikwissenschaftlich arbeitet, muss sich darüber klar sein, was in den Text hineinsoll und was nicht. Was ist wichtig, was Beiwerk? Erkenntnisinteresse und analytische Ausrichtung entscheiden darüber, was wie erzählt wird. Im Gegensatz zur Selbsterzählung der deutschen Israelpolitik als Geschichte von Moral, Wunder und Versöhnung ist der Blick, den dieses Buch einnimmt, härter, abgründiger, und deswegen klarer.

Wenn es um Deutschland und Israel geht, dann ist sowohl die Verklärung als auch das Raunen nicht weit. Während die einen dazu tendieren, die deutsche Israelpolitik zur Moralgeschichte aufzubauschen, vermuten die anderen hinter den deutsch-israelischen Beziehungen dunkle Machenschaften. Tatsächlich ist ein solches Thema wie kaum ein zweites anfällig für Verschwörungstheorien und antisemitische »Schuldkult«-Hypothesen. Umso wichtiger ist es deswegen, nicht nur mit den Verklärungen, sondern auch mit anderen, gefährlicheren Mythen aufzuräumen. Israel ist in Deutschland ein großes Thema. Aber über die deutsche Israelpolitik wissen die meisten erstaunlich wenig. Dieses Buch bietet Aufklärung an. Es geht um Außenpolitik, um Aufarbeitung und die Verbindungen zwischen beiden.

Eines sei dabei vorab gesagt: Die Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen eignet sich nicht für einfache politische und moralische Auflösungen. Dafür ist sie zu widersprüchlich, zu vielschichtig, zu traurig – und auf deutscher Seite auch einfach zu seltsam.

Teil I

Das Luxemburger Abkommen

1. Absolution:

Die Kosten der »Wiedergutmachung«

Niemand prägte den Kurs der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland so sehr wie ihr erster Kanzler Konrad Adenauer, der nach drei gewonnenen Wahlen 1963 sein Amt niederlegte. Zwei Jahre danach, immer noch CDU-Vorsitzender und Bundestagsabgeordneter, gab Adenauer dem Fernsehjournalisten Günter Gaus ein Interview, in dem er auf seine Kanzlerschaft zurückblickte. Befragt nach seiner Politik der »Versöhnung« zwischen Deutschen und Juden antwortete Adenauer:

»Wir hatten den Juden so viel Unrecht getan, wir hatten solche Verbrechen an ihnen begangen, dass sie irgendwie gesühnt werden mussten oder wiedergutmacht werden mussten, wenn wir überhaupt wieder Ansehen unter den Völkern der Erde gewinnen wollten Die Macht der Juden auch heute noch, insbesondere in Amerika, soll man nicht unterschätzen.«

Adenauer nennt zwei Gründe für seine Politik. Es geht ihm zunächst um das deutsche Ansehen in der Welt. Aus heutiger Sicht überraschender ist der zweite von Adenauer genannte Grund, nämlich die von ihm so vorgestellte »Macht der Juden«, versehen mit dem vielsagenden Zusatz »auch heute noch«.

Adenauer war kein Nazi gewesen. Das Vorurteil, das er hier preisgibt, entstammt einem älteren Repertoire. Dennoch oder vielleicht sogar deshalb ist es bemerkenswert, dass er noch Mitte der 1960er Jahre im deutschen Fernsehen das deutsche Ansehen und den angeblichen jüdischen Einfluss auf das Weltgeschehen anführt, um seine Israelpolitik zu begründen.

Tatsächlich sind beide Beweggründe, Rehabilitation und die Angst vor vorgestelltem jüdischem Einfluss, miteinander verwoben. Der bekannte israelische Historiker Tom Segev nimmt diese damalige deutsche Angst mit Humor. Laut Segev wusste Israels Chefunterhändler Nahum Goldmann um Adenauers Schwäche und mahnte ominöse »Konsequenzen« an, wann immer sich die deutsche Verhandlungsseite stur zeigte – was häufig geschah. Gegen Vorurteile, die gegen einen gerichtet sind, kann man wenig tun. Bestenfalls wendet man sie im Einzelfall zu seinen Gunsten.

Dass zählebigte antisemitische Vorurteile die deutsche Israelpolitik mitbestimmt haben mögen, entbehrt nicht einer Ironie, die aber weder für sich steht noch überbewertet werden sollte. Entscheidend ist, wie immer, der Kontext. Denn worum es der Bundesrepublik vor allem ging, war, schnellstmöglich wieder zum Kreis der »zivilierten« Nationen gezählt werden zu können. »Wiedergutmachung« war Teil der Westbindung, jener im Rückblick wohl alternativlosen außenpolitischen Grundorientierung, die die Wiederherstellung von Souveränität und Handlungsspielraum über die feste Einbettung in den Westen zu erreichen suchte.

Der Beginn der deutsch-israelischen Beziehungen: Das Entschädigungsabkommen von 1952

Die Rede von den deutsch-israelischen *Beziehungen* irritiert insofern, als dass dem Beziehungsbegriff etwas Intimes innewohnt. Deutschland und Israel aber fanden nicht aus Zuneigung zueinander.

Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Israel beginnt mit dem in Luxemburg unterzeichneten Entschädigungsabkommen von 1952. Die Namen, die die Vertragspartner dem Abkommen gaben, sind dabei nicht zufällig gewählt. In ihnen spiegeln sich konträre Sichtweisen auf die Vergangenheit und verschiedene Erwartungen an die Zukunft.

Die israelische Regierung nutzte den hebräischen Begriff »Shilumim«, welcher der Tora entlehnt war und so viel wie Strafzahlung bedeutet. Der Begriff meint die rechtmäßige Rückgabe von gestohlenem Eigentum. Was er nicht meint, ist vergeben, vergessen und verzeihen (Segev 1993: 196). Dieses *framing* war wichtig, allein